

Hört auf zu gendern!

Wofür sich die AG Gendersprache im VDS e. V. einsetzt

Liebe Bürgerinnen und Bürger, Studierende, Christinnen und Christen, Zu Fuß Gehende, ProfessXe...

“Abteilungsleiterinnen m/w/d”, “Jurist_in” bzw. “eine gut ausgebildeter Juristin gesucht”... So sehen nach dem Willen der Genderlobby gendergerechte Stellenanzeigen aus. Wir möchten derlei Sprachnebel nicht mehr lesen müssen!

In der Politik ist Gender-Mainstreaming seit 1999 beschlossene Sache. Diese Tatsache müssen wir zwar anerkennen, nehmen sie aber nicht länger hin. Am 23. Juni 1999 wurde per Kabinettsbeschluss “das Leitprinzip der Geschlechtergerechtigkeit als durchgängiges Prinzip anerkannt und bestimmt, dass zur Umsetzung dieser Aufgabe die Gender Mainstreaming-Strategie einzuführen ist”. Quelle: bundestag.de.

Gutes Recht — falscher Weg

Die “Mütter des Grundgesetzes” verankerten 1948 die Gleichheit aller Menschen in § 3.1: “Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.” Absatz 2 besagt: “Männer und Frauen sind gleichberechtigt.” Solch schlichte und klare Sprache möchten wir pflegen und fördern. Deshalb fordern wir: Schluss mit Gender-Mainstreaming, seinen sprachpädagogischen Übergriffen von oben, genderfokussierten Bildungs- und Erziehungsprogrammen, Gleichstellungs- bzw. Quotenpolitik und Gender-Budgeting. Gender-Mainstreaming ist sozialer Sprengstoff geworden, weil es laufend neue Absurditäten und Ungerechtigkeiten hervorbringt. Einmal geschaffene Fakten rückgängig zu machen ist schwierig. Wir appellieren an unsere politische Führung, die Widersprüche und Gegensätze unserer Zeit zusammenzuführen, anstatt sie durch Laufenlassen weiter zu eskalieren.

Sprache darf kein Spielball politischer Interessen werden

Verfechter der „geschlechtergerechten Sprache“ sitzen nach über zwanzig Jahren GM fest etabliert und breit gestreut in (Regierungs-)Institutionen, von wo aus sie versuchen, gendersprachliche Regelungen gegen den wachsenden Unmut der Bürger durchzusetzen. Insbesondere ist die von oben verordnete Sprachdoktrin medial massiv vorangetrieben worden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass Binnen-I, Genderstern, Unterstrich, Verlaufsformen und permanente Wiederholung von Geschlechtszuweisungen resp. sexuellen Orientierungen inhaltlich und grammatisch falsch sind und unsere Sprache grotesk machen.

Bündelung der Kräfte — die Genderwende ist da

Klarheit in der Sprache und sozialer Friede gehen vor! Das allgemein Menschliche muss gegenüber Partikularinteressen wieder im Vordergrund stehen dürfen. So gestärkt kann unsere Gesellschaft den größeren Herausforderungen unserer Zeit begegnen. Die AG Gendersprache im VDS e. V. hat sich eine umfassende Aufklärungskampagne zur Aufgabe gemacht: Gender-Mainstreaming ist der falsche Weg zu mehr Gerechtigkeit. Auf Grund der Vielzahl negativer Effekte muss es sofort beendet werden.

- Gerechtigkeit bedeutet nicht Ergebnisgleichheit. Sie bedeutet Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln, bei strikter Rechtsgleichheit vor dem Gesetz
- Geschlechtsunterschiede sind biologisch bzw. evolutionär begründet und müssen anerkannt, nicht ausgeblendet werden
- Menschenrechte und Grundrechte sollen Maßstab zur Abwägung von Partikularinteressen sein
- Die Regierung soll (nach dem Vorbild Frankreichs und Norwegens) das Gender-Mainstreaming-Programm beenden
- Die verbreitete Praxis, Studenten und Schüler unter Androhung von schlechterer Benotung zum Gendern zu zwingen, muss sofort aufhören
- Verwaltungen, Universitäten und Schulen sollen Gendersprachregelungen zurücknehmen und Lehrpläne sowie alle öffentlich finanzierten Leitfäden in korrektem Deutsch verfassen
- Die Verleumdung von Gender-Gegnern als rechtsradikal, antifeministisch, homophob, rassistisch, antisozial, antidemokratisch, fremdenfeindlich und ewig gestrig muss aufhören
- Der Bund soll mit den wertvollen Ressourcen, die dem Gender-Mainstreaming zufließen, die Zivilgesellschaft stärken und in gemeinschaftsstiftende Projekte investieren

Wir fordern alle Mitbürger auf, aktiv gegen den Gender-Neusprech zu protestieren und entsprechende Richtlinien, Verordnungen und Vorschriften scharf zurückzuweisen